

Unfaire Attacke auf die Verwaltung

Zu «Fischerei: Pacht wird zum Politikum», Ausgabe vom 15. März

Mit einiger Verwunderung habe ich diesen Artikel gelesen. Da wird der Zürcher Fischerei- und Jagdverwaltung kein gutes Zeugnis ausgestellt. Genau jene Gruppierungen greifen die Verwaltung an, die diese mittels angedrohter Unterschriftensammlung gedrängt haben, die Neuerungen auf die letzte Neuverpachtung durchzusetzen. Dass die politischen Mühlen langsam mahlen, muss den Initianten bewusst gewesen sein. Seitens der Initianten spricht es nicht von sportlicher Fairness, der Verwaltung jetzt den schwarzen Peter zuzuspielen – schliesslich hat die Fischerei- und Jagdverwaltung genau das umgesetzt, was von den Initianten verlangt wurde. Offenbar entspricht es jedoch dem Zeitgeist, zu verbalen Rundumschlägen auszuholen und die Gesetze den eigenen Interessen anzupassen.

Nicht nachvollziehbar ist für mich, warum die Vereine die Mitgliedsbeiträge zurückzahlen müssen. Das kann sich ja wohl nur um Zwangsmitgliedschaften handeln für Fischer, die ausschliesslich in den zur Diskussion stehenden Fließgewässern fischen wollen. Die Vereine hat es schon vor der Neuverpachtung gegeben, und diese konnten problemlos ihrem Hobby frönen und das Vereinsleben genießen. Einige private Pächter haben seit jeher ihre Reviere Vereinen zugänglich gemacht. Viele dieser Pachtgesellschaften und Vereine sind Mitglieder des kantonalen und des schweizerischen Fischereiverbandes. Weiter gilt es zu bemerken, dass die Fischereiberechtigung nicht mit dem Mitgliederbeitrag an den Verein abgegolten wird, sondern mit dem Kauf einer Fischereiberechtigung für die entsprechenden Reviere. Die Einnahmen aus den Fischereiberechtigungen decken dem Pächter die Kosten für die Pacht. Es kann ja nicht angehen, dass Vereine durch Vereinszwang ihre finanziellen Verhältnisse aufbessern. In der Konsequenz stellt sich die Frage, ob bald alle Wanderer, Ski- und Radfahrer einem Verein beitreten müssen, um ihr Hobby zu betreiben.

Urs Meier, Vizepräsident Fischereiverband des Kantons Zürich, Oberrieden

Auf dem Buckel der Konsumenten

Zu «Fixe Bücherpreise erzürnen Jungpolitiker», Ausgabe vom 19. März

Unglaubliches geschieht in Bern. Eine Mehrheit des Nationalrates beschliesst, dass die Preise der Bücher wieder abgesprochen werden. Einzig die FDP stimmte geschlossen gegen die Einführung der Preisabsprache, das ist immerhin erfreulich. Aber nicht nur Linke und Grüne stimmten für die Planwirtschaft, sondern auch Abweichler von SVP und zwei Drittel der CVP/EVP/GLP-Fraktion. Von den Zürcher Nationalräten stimmten namentlich Mario Fehr, Hans-Jürg Fehr, Jacqueline Fehr, Daniel Jositsch, Chantal Galladé, Andreas Gross und Anita Thanei von den Sozialdemokraten, Marlies Bänziger, Bastien Girod, Katharina Prelicz-Huber und Daniel Vischer von den Grünen, Barbara Schmid-Federer und Kathy Ricklin von der CVP, Maja Ingold (EVP) und Tiana Moser (GLP) für das Kartell. Preisbindung führt zu höheren Preisen. Man klagt über den Fernsehkonsum der Jungen und erhöht die Bücherpreise – das ist absurd. Profitieren würden von einer Preisbindung vor allem die ausländischen Grossverlage und die Internetanbieter. Es ist unverständlich, dass auf dem Buckel der Konsumenten das Kartell, das vom Bundesgericht aufgehoben werden musste, wieder eingeführt wird.

Astrid Furrer, Gemeinderätin FDP, Wädenswil



Eisbär Knut, Medienstar im Berliner Zoo, ist gestorben – dass sein Schicksal die Gemüter derart erregt, ist für Leserin Sonja Bucher in diesen Tagen pietätlos. Bild: Key

Dekadente Trauer um Knut

Zu «Knut war wie einer von uns», Ausgabe vom 21. März

Aufgrund der Polemik rund um die Wahl eines neuen Stadtpräsidenten in Rapperswil-Jona war ich in den vergangenen drei Monaten immer wieder versucht, wie so viele andere meine Meinung dazu kundzutun. Nun ist die Wahl vorüber und ich habe keinen Brief geschrieben. Vor allem, weil schon alles gesagt worden war, sogar mehr, und ich nichts Neues hätte beitragen können. Ich persönlich fand es sehr interessant, all die verschiedenen Ansichten zu lesen, zeigten sie doch, entgegen der äusserst schwachen Wahlbeteiligung, dass den Bewohnern von Rapperswil-Jona das Wohl unserer Stadt am Herzen liegt.

Heute konnte ich mich nun aber nicht mehr zurückhalten, mich kritisch zu äussern. «Knut war wie einer

von uns», heisst es zum Tod eines Eisbären! Gut, er war bekannt, und als er klein war, auch niedlich anzuschauen. Trotzdem war er ein Tier! Wie dekadent sind wir geworden? In Japan sind nach dem Erdbeben und dem Tsunami mehr als 20 000 Menschen entweder gestorben oder werden vermisst. Die Atomkatastrophe ist noch nicht gebannt. Fast der gesamte arabische Raum scheint sich in ein Schlachtfeld verwandelt zu haben. Und wir trauern um ein Tier. Auf dem improvisierten Altar wird sogar ein Kondolenzbuch aufliegen – für mich der Gipfel der Pietätlosigkeit! Wir sind wirklich zu beneiden in unserer wunderbaren westlichen Welt. Was würden wohl die Japaner denken, wenn sie die Berichte über Knut zu lesen bekämen?

Sonja Bucher, Rapperswil-Jona

Schwächen klar benennen

Zu «Entdecker in der Kritik», Ausgabe vom 19. März

Der Artikel informiert die Leserschaft zwar, dass das Lehrmittel «Explorers» seit längerem Anlass für Diskussionen unter den Englischlehrern im Kanton Zürich gibt, er räumt aber der Seite der Behörden und des Lehrmittelverlags zu viel Platz ein. Hätte die Journalistin mehr Lehrer und Eltern befragt, hätte sie hauptsächlich Urteile wie «kopflastig», «unbrauchbar» und sogar «katastrophal» zu hören bekommen. Die Schwächen des Lehrmittels sollten klar benannt werden: Der Ansatz der «integrierten Didaktik» ist für den Anfängerunterricht nicht geeignet. Die meisten Themen des Lehrbuches sind weit entfernt von der Lebenswelt von Primarschülern. Mit «Explorers» lernen Frühenglisch-Schüler zum Beispiel Fachausdrücke aus der Insektenkunde, die sie noch nicht einmal in ihrer Muttersprache kennen und die sie, da die Wörter nach Abschluss des Themas nie mehr wiederholt werden, auch gleich wieder vergessen. Das Lehrbuch vermittelt auch zu wenig explizite Grammatikkenntnisse, und der Stoff wird nicht genügend geübt.

Der echte Test für ein Lehrmittel ist aber die Praxis. Der Artikel erwähnt nicht, dass im August 2010 die

Langgymnasien im Kanton die ersten Schüler übernommen haben, die fünf Jahre Frühenglisch hatten, davon drei mit «Explorers». Die Lehrer, die mit diesen Schülern arbeiten, sagen mehrheitlich, dass die Resultate so enttäuschend seien, dass sie nochmals fast von vorne beginnen müssen. Die Schüler sind nicht in der Lage, Verben zu konjugieren oder elementare grammatikalische Strukturen ohne allzu viele Fehler anzuwenden.

Wenn die besten 12 Prozent der Schüler, die ins Langgymnasium wechseln, so wenig Englisch gelernt haben, was haben dann die anderen 88 Prozent vom Unterricht mit «Explorers» mitgenommen? Es ist auch eine Verschwendung von Ressourcen, ein eigenes teures und schwerfälliges Lehrmittel für den Kanton zu entwickeln, wenn es auf dem grossen Markt bereits viele gute Lehrbücher aus England und Deutschland gibt.

Unter dem vermeintlichen Zwang, ständig alles neu erfinden zu müssen, folgt die Bildungsdirektion weltfremden Bildungs- und Didaktikexperten, die den Lehrern und Schülern ihre Wunschvorstellungen von Lernen und Schule aufzuzwingen versuchen.

Michael Roth, Mittelschullehrer und Leiter der Fachkonferenz Englisch (Mittelschulen Kanton Zürich), Wädenswil

Verantwortung übernehmen

Die Diskussion um AKW ist das einzig Positive, das man der grässlichen Katastrophe in Japan noch abgewinnen kann. Es ist sicher richtig, dass die Gefahr eines solchen Erdbebens und folglich auch die eines Tsunamis verschwindend gering ist bei uns, aber auch bei uns gibt es menschliches Versagen, technische Pannen (was meist auf Geldgier zurückzuführen ist), die Möglichkeit eines Terrorangriffs, worauf seit 9/11 mit schöner Regelmässigkeit hingewiesen wird, vom über hunderttausende von Jahren strahlenden Abfall ganz zu schweigen. Sollte es in der Schweiz – Gott behüte – jemals zu einem Super-GAU kommen, wäre das ganze Land verstrahlt, mit Ausländern, mit allem, was drin ist. Wer kann eine solche Verantwortung übernehmen? Können es die Betreiber? Die Politiker? Nicht, oder?

Und sie scheinen auch nicht zu wollen, denn seit der ersten Erdölkrise in den 70ern hätten es diese Leute in der Hand gehabt, dafür zu sorgen, dass wir heute genügend Strom, zum Beispiel aus unserem eigenen Abfall, produzieren könnten. Zeit genug hatten sie ja, aber wie es scheint, hat das Interesse gefehlt. Warum wohl? Geld vielleicht? Viel Geld!

Einige meiner Freunde waren in den 70ern regelmässig vor Gösgen, haben protestiert. Ich kann meinen Kindern heute nur erzählen, dass ich dazu nie den Mut hatte. Bleibt zu hoffen, dass sie ihren Kindern einmal erzählen können, dass die Welt – einmal mehr – nur durch eine riesige Katastrophe zur Vernunft gekommen ist.

Katharina M. Ferreira, Küsnacht

Politik gefordert – und jeder Einzelne

Plutonium braucht «nur» 240 000 Jahre, bis es nicht mehr gefährlich stark strahlt. AKWs werden denn auch von keiner Versicherung versichert. Offenbar denken Versicherungen weiter als einige Politiker. Ein Ausstieg der Schweiz aus der Atomenergie ist möglich. Kombiniert man alle modernen Technologien – Bio, Solar, Wind, Wärme-Kraft, Kopplung etc –, modernisiert, isoliert und verbietet Stromfresser wie alte Elektroheizungen, kann man in 10 bis 15 Jahren ohne Komforteinbussen auf AKW-Strom verzichten. Das Einzige was fehlt, ist der Druck auf die Politik.

Es liegt auch an jedem Einzelnen. Per Telefon kann man beim EW Wasser, Solar- oder Ökostrom bestellen. Der Mehrpreis ist verkraftbar, und der Bau der modernen Anlagen kann schneller beginnen. Nebenbei werden viele sinnvolle Arbeitsplätze geschaffen. AKW-Strom ist nur billig, weil die Folgekosten den nächsten Generationen und die Versicherung dem Steuerzahler überlassen werden. Atomstrom – Nein, Danke.

Werner Fuchs, GLP-Mitglied, Wädenswil

Wer hat die wärmste Sauna?

Zu «Kein Rückenwind für die Grünen», Ausgabe vom 22. März

Der Zürcher Kantonsrat hat die Chance vertan, meist nicht erneuerbare Energien nach dem Verursacherprinzip individuell gerecht zu verrechnen. Schade! Welchen Anreiz habe ich, richtig zu lüften oder eine optimale Zimmertemperatur zu haben, wenn mein Nachbar den ganzen Winter voll durchheizt? Ich zahle ja gleich viel – und so was heisst mein Portemonnaie gewissen garantiert nicht an! Also, liebe Mieter, volles Rohr – wer hat die wärmste Sauna...?

René Arnold, Adliswil

Unangebrachte Mimosenhaftigkeit

Zu den Leserbriefen «Bischof Huonder hat Rückgrat» und «Altes Spiel in neuem Gewand», Ausgabe vom 18. März

Wenn man die Leserbriefe liest, fragt man sich: «Wie weit ist es mit der Freiheit des Christenmenschen gekommen?» Während der fromme Dichter Dante noch Päpste und Bischöfe ins Inferno verdammen konnte, scheint wieder ein strammer Söldnerdienst die Gläubigen an ihre Kirchenleiter zu binden. Dabei hat sich doch Bischof Huonder – wie ehemals Bischof Haas – eigenwillig und macht-bewusst selber aus dem Konzept der durch das zweite Vatikanische Konzil erneuerten katholischen Kirche herausgenommen. Er hat nicht auf die Beratergremien der Diözesanpriester gehört, wie es das Konzil angemahnt hat. Nein, alles soll in eigener Vollmacht entschieden werden. Und einseitig hat er auch den lateinischen Messeritus, der nur als Ausnahme-möglichkeit wieder zugelassen ist, zu einem zentralen Anliegen gemacht.

Dadurch wird ein Grossteil des Klerus und eine engagierte Mehrheit des Kirchenvolkes zu zeitgeisthörigen Halbkatholiken abgestempelt. Im angesprochenen Konzilsdekret heisst es weiter, in der Seelsorge sei darauf zu achten, «dass die Gläubigen und die Pfarrgemeinde sich wirklich als Glieder sowohl der Diözese wie auch der ganzen Kirche fühlen». Auch diese Verpflichtung hat Bischof Huonder bis jetzt nicht einlösen können. Deshalb ist ein allzu mimosenhaftes Reagieren auf jede Kritik, auch vonseiten einer überzeugten Gefolgschaft, nicht angebracht.

Xaver Stalder, Stäfa

Leistung muss sich lohnen – für alle

Die FDP – wird sie eine neue Bündnispartnerin der Sozialdemokratischen Partei? «Leistung muss sich lohnen», fordert die FDP des Kantons Zürich in ihrer Wahlpropaganda. Ich verstehe den Slogan so, dass es nun auch für den Freisinn unerträglich ist, dass es in unserem reichen Land zehntausende von hart arbeitenden Arbeitnehmern gibt, für die sich Leistung noch immer nicht lohnt und die kaum vom teilweise kargen Lohn leben können.

Ich gehe nun davon aus, dass sich die FDP für einen Minimallohn von 4000 Franken einsetzen und damit glaubwürdig in ihrer Forderung werden wird. Ich freue mich, wenn die SP in ihrem Kampf für gerechte Löhne für alle in den nächsten vier Jahren auch von der FDP unterstützt wird. Damit die Liebe zur Schweiz nicht nur von Reichen gelebt werden kann.

Marcel Keller, Horgen

Jetzt bloss nicht alles schönreden

Tschernobyl war ein vergammelter Reaktor in einem Schwellenland, Fukushima eine moderne Anlage in einem hochtechnisierten Land. Diese Tatsache lässt nur eine richtige Massnahme zu: Raus aus dem Atomstrom – und zwar sofort!

Die Frage lautet bloss: Ist die Atomkatastrophe in Japan als Denkmittel für die Menschheit ausreichend, um den Völkern dies ein für allemal klarzumachen? Sollten die Strahlungswerte wieder sinken, die Medien das Interesse verlieren und die Gesellschaften zur Tagesordnung übergehen, wird man womöglich alles relativieren, schönreden ... und unbeirrt weitermachen. Das darf schon im Namen unserer Nachkommen nicht passieren.

Kurt Weber, Hombrechtikon